

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 10 – Gleichstellung behinderter Menschen

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Angelika Birk:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 310.02 / 13.12.2002

Gleichstellung ist ein Prozess und bedeutet mehr als „nicht mehr behindert zu werden“

Nach Verabschiedung des Bundesgleichstellungsgesetzes verabschiedet heute der Landtag ein entsprechendes Landesgleichstellungsgesetz. Damit unterstreichen wir die Verpflichtung, auf Landes- und Kommunalebene, sowie auch in Wirtschaftszusammenhängen, Menschen mit Behinderungen die gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wie allen anderen zu ermöglichen. Dafür hat sich meine Partei seit ihrer Gründung immer wieder stark gemacht.

Gleichstellung bedeutet mehr, als „nicht mehr behindert zu werden“. In diesem Sinne bezieht sich „Barrierefreiheit“ nicht nur auf Gebäude, sondern auch die Verständigung über Gebärdensprache, offizielle Schreiben in Brailleschrift für Blinde und ähnliches mehr.

Wir unterstreichen die Wichtigkeit des Verbandsklagerechtes.

Aktuell wenden wir uns gegen den indirekten Vorstoß der CDU, die Einrichtung eines Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen zu streichen, wie es mit ihrem Änderungsantrag zum Gesetz geschieht. Gerade, wenn es jetzt um die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes geht, brauchen wir den kritischen Blick des Landesbeauftragten.

Vor uns liegt ein Jahr, das besonders den Menschen mit Behinderungen gewidmet ist. Alle Abgeordneten und die Landesregierung sind gefordert, sich hieran aktiv zu beteiligen.

Wir stellen ausdrücklich auch unser neu verabschiedetes Gesetz in diesem Jahr noch einmal in die öffentliche Debatte. Denn wir wissen, dass gerade in der alltäglichen Diskriminierung liegen Details eine Rolle spielen. Gleichstellung ist ein Prozess und deshalb haben auch Gesetze zur Unterstützung dieses Weges den Fortschritt im gesellschaftlichen Lernens einerseits festzuschreiben, darüber hinaus aber auch voranzutreiben. Es wird deshalb hoffentlich nicht zum letzten mal sein, dass sich Abgeordnete aller Parteien für die rechtliche und faktische Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen engagieren.
